

Icking, 18.02.2020

## OFFENER BRIEF zu den Themen Mobilfunk und Einführung des neuen Standards 5G

Sehr geehrter Herr ,

### Mobilfunk in Icking in den letzten 20 Jahren:

Seit über 20 Jahren beschäftigt sich die Gemeinde Icking sehr intensiv mit dem Thema Mobilfunk bzw. mit den Sendemasten auf dem Gemeindegebiet. In einer ersten Welle wurden an ungünstigen Stellen bezüglich Strahlung und Versorgung mitten im Ort bzw. in Ortsrandlage genehmigungsfreie Mobilfunkantennen errichtet.

Viele Bürger und die Gemeinde wünschten sich jedoch eine möglichst geringe Belastung durch die Strahlung, viele auch eine gute Versorgung durch Mobilfunk. Es wurden in der Folge im Flächennutzungsplan Konzentrationsflächen außerhalb der Besiedelung ausgewiesen. Ziel war, Mobilfunkmasten dort anzusiedeln, wo bei guter Mobilfunkversorgung eine geringe Strahlenbelastung in den Wohngebieten vorliegt und das Orts- und Landschaftsbild möglichst wenig beeinträchtigt wird. Andere Standorte, deren Belastung durch Strahlung deutlich ungünstiger sind (beispielsweise innerorts auf privaten Dächern), sollten auf diese Weise verhindert werden und vorhandene Antennenanlagen mitten im Ort sollten mit der Zeit auf diese Konzentrationsflächen umgesiedelt werden.

### **Aktuelle Entwicklungen:**

Genau zu dem Zeitpunkt im Herbst 2019, zu dem ein Bauantrag von Vodafone für einen Mobilfunkmasten auf einer der beiden Konzentrationsflächen angekündigt war, hat sich in der Gemeinde eine Bürgerinitiative gegen den neuen Mobilfunkstandard 5G formiert. Zusätzlich wurden Aufsuchungsgebiete für zwei weitere Masten insbesondere zur Versorgung der S-Bahn außerhalb der Konzentrationsflächen durch die Deutsche Telekom angekündigt.

Ende November 2019 wurde die Grundstückseigentümerin, die ihr Areal für eine Konzentrationsfläche zur Verfügung gestellt hat, massiv anonym bedroht und zog daraufhin ihr Angebot zurück.

Die Bürgerinitiative gegen 5G hat ein Bürgerbegehren, das von über 500 Ickinger Bürgern (bei ca. 3700 Ickinger Einwohnern) unterzeichnet wurde, eingereicht. Der Gemeinderat lehnte dessen Zulässigkeit einstimmig nach Einholung fundierter juristischer Expertisen wegen formeller und inhaltlicher Mängel in der Sitzung vom 09.12.2019 ab.

Derzeit befindet sich die Gemeinde im Dialogverfahren bezüglich der Standortsuche für drei Sendemasten.

### **Sorgen der Bürger und Situation der Gemeinderäte:**

Die Bevölkerung hat angesichts dieser schnellen Entwicklung bei gleichzeitiger Ankündigung des 5G Ausbaus massive Ängste vor möglichen gesundheitlichen Auswirkungen der neuen Technik und grundsätzliche Probleme mit der Genehmigungspraxis von Mobilfunkmasten, die wir als Gemeinderäte der UBI nachvollziehen können.

Gemeindeverwaltung und wir Gemeinderäte sind die Erstansprechpartner für unsere Bürger. Wir sind aber nicht diejenigen, die über den Neu- bzw. Ausbau und die Bestückung von Mobilfunkantennen entscheiden. Dies ist die Angelegenheit des Bundes und des Landes. Unser Spielraum beschränkt sich lediglich auf die Mitwirkungsmöglichkeit bei der Standortsuche. Dies wird von vielen Bürgern nicht verstanden. Ihre Ängste und den damit verbundenen Zorn bekommen wir zu spüren. Wir fühlen uns von den dafür zuständigen und verantwortlichen Politikern im Regen stengelassen. Der Ausbau des 5G-Netzes wird auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen.

### **Fragen an Sie mit der Bitte um Stellungnahme bis Mitte März:**

Wir möchten Ihnen Bedenken und Sorgen Ickinger Bürger und Anliegen von uns UBI-Gemeinderäten vortragen und bitten Sie höflich, sich damit zu befassen. Die Fragestellungen sind grundsätzlicher Natur und betreffen alle Kommunen und Städte. Sie müssen daher auf höherer politischer Ebene geklärt werden.

1. Es ist nicht verständlich, warum Deutschland immer noch alte gesetzliche Grenzwerte für elektromagnetische Strahlung hat, die um ein Vielfaches höher sind als in anderen Ländern, wie beispielsweise in Österreich und der Schweiz.
2. Unsere Bürger wollen Klarheit über Gefahren und mögliche Schäden durch 5G. Ein klares und vertretbares Risiko-Nutzen Profil beim neuen Standard ist nicht gegeben.
3. Der Bauleitplanung der Gemeinden müsste mehr Raum gegeben werden. Die Genehmigungsfreistellung kleiner Anlagen in Wohngebieten nimmt den Gemeinden die

Möglichkeit im Sinne ihrer Bürger Vorsorge zu betreiben.

4. Der Gedanke der Reduzierung elektromagnetischer Strahlung müsste mehr Gewicht bekommen:
  - o kabelgebundene Technik muss zwingend vor funkgestützter stehen
  - o kein Ausbau und Strahlung ohne tatsächlichen Nutzen
  - o zwingende Nutzung aller Masten durch alle Mobilfunkanbieter statt Aufbau mehrerer Masten verschiedener Anbieter
  - o nachvollziehbar optimierte Planung über Gemeindegrenzen hinweg
  - o keine Bahnversorgung durch einzelne Anbieter. Sondern WLAN im Zug unter paralleler Nutzung der verschiedenen Anbieter.
5. Wie und in welcher Form wird mit den Bedenken und Ängsten bezüglich gesundheitlicher Schäden durch den Ausbau mit der 5G-Technologie umgegangen?
6. Einen allgemeinen und gemeindeübergreifenden Informationsabend zum Thema 5G und Mobilfunkausbau in unserem Landkreis würden wir für sehr sinnvoll und begrüßenswert halten.

Die Gemeinde wird ihren Weg zum Schutz ihrer Bürger bei gleichzeitiger guter Mobilfunkversorgung innerhalb der jetzt geltenden Rechtslage gehen. Wir bitten Sie jedoch um Stellungnahme zu oben genannten Punkten und um Angaben ob und in welcher Weise Sie sich für die Lösung diesen Anliegen einsetzen.

[Detaillierte Infos zum bisherigen Vorgehen der Gemeinde Icking bezüglich Mobilfunk siehe unter www.icking.de/Mobilfunk.n42.html](http://www.icking.de/Mobilfunk.n42.html)

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen aus Icking

Vorstand und Gemeinderäte der Unabhängigen Bürgerliste Icking e.V